



LICHTENBERGER REGISTER

ZUR ERFASSUNG EXTREM RECHTER UND DISKRIMINIERENDER VORFÄLLE IM BEZIRK

Ein Projekt von:



In Trägerschaft der:



Das Lichtenberger Register im Jahr 2021 Wahlkampf, Corona, extreme Gewalt und Propaganda- Höchststand - (fast) ohne eine organisierte Rechte

Beim Lichtenberger Register sind 2021 insgesamt **523 Vorfälle** gemeldet worden. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr (421 Meldungen) einen Anstieg von 24 Prozent der Meldungen insgesamt. Damit steigen die Vorfälle ein weiteres Jahr in Folge an.

Zusätzlich sind uns im letzten Jahr 209-mal ein bis vier Aufkleber gemeldet worden, deren Inhalte extrem rechts oder diskriminierend waren. Zählen wir diese Meldungen noch hinzu, wurden 2021 sogar 732 Vorfälle gemeldet, was eine Steigerung um 74 Prozent bedeuten würde. Die Besonderheit in der Erfassung von Propaganda-Vorfällen erläutern wir später ausführlicher. Soviel nur in aller Kürze: *In Absprache mit den Registerstellen anderer Bezirken haben wir 2021 ausnahmsweise auch einzelne Aufkleber in die Chronik aufgenommen, so wie es die meisten Berliner Registerstellen tun.* Egal welche Zählweise: Extrem rechte **Propaganda** bildet

im Bezirk Lichtenberg das Schwergewicht mit 385 Vorfällen (bzw. 594). Das bedeutet auch, dass mindestens einmal täglich eine oder mehrere Personen extrem rechte und diskriminierende Propaganda im öffentlichen Raum hinterlassen, als Flyer, Aufkleber, Plakate oder Schmierereien.

Einen Anstieg der Meldungen hat es nicht allein bei der Propaganda gegeben. So bleiben **Angriffe** mit 27 Meldungen (2020: 25) sowie **Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien** mit 46 Meldungen (2020: 43) weiter auf einem hohen Niveau. Mit anderen Worten: jeden fünften Tag erreichen das Lichtenberger Register Meldungen über scheinbar spontane oder politisch gezielt vorgenommene, gewaltvolle Vorfälle. Diese Steigerung ist überraschend, weil aufgrund einer geänderten Rechtslage dem Berliner Register nicht die Angriffszahlen der Berliner Ermittlungsbehörden vorlagen. *[weiter auf Seite 2]*



Einweihung der Gedenktafel für den 1999 von Neonazis getöteten Kurt Schneider

Rassistischer Angriff im Fennpfuhl im November 2021

Jede dieser Meldungen ist für sich genommen erwähnenswert und für die Betroffenen gewaltvoll – und wird in unserer Chronik sichtbar gemacht: Im August wurde im Fennpfuhl eine Person transfeindlich beschimpft und schließlich mit einer Schusswaffe bedroht, was die betroffene Person filmte und veröffentlichte. Im November machte ein Mann ebenfalls ein Video davon, wie er und sein Kind anti-Schwarzrassistisch beleidigt und anspuckt wurden. Diese medial breit wahrgenommenen Angriffe waren nur die Spitze des Eisbergs. Darüber hinaus gab es im letzten Jahr weitere Angriffe mit Schuss- und Stichwaffen sowie einen lebensgefährlichen Angriff auf einen Obdachlosen. Es ist also auch eine qualitative Steigerung der Gewalt im Bezirk zu verzeichnen.

Der allgemeine Anstieg von Vorfällen zeigt sich in weiteren Vorfällenarten: **Strukturelle Benachteiligung** beispielsweise in Behörden wurde mit 23 Vorfällen deutlich häufiger im Jahr 2021 gemeldet, als noch 2020 (3 Vorfälle). So kann durch Meldungen neuer Kooperationspartner*innen der Berliner Register auch im Bezirk das Dunkelfeld insbesondere von rassistischer Diskriminierung verringert werden. Einen Anstieg gibt es auch bei **Sachbeschädigungen, Veranstaltungen**, Meldungen im Zuge des **Wahlkampfes** und sonstigen Vorfällen. Für Berlinweites Aufsehen sorgte etwa die Schändung des Erinnerungssteins an die Synagoge in Hohenschönhausen, der im Mai mit grüner Farbe übergossen worden war.

Eine Besonderheit bleiben solche Vorfälle, die im Zusammenhang mit der **Corona-Pandemie** stehen. Hier haben sich nicht nur Propagandavorfälle merklich radikalisiert, indem zählbar häufiger als noch 2020 relativierende Vergleiche zwischen dem NS und den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hergestellt oder antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet werden. Hinzu kamen regelmäßige Mobilisierungen, wie Spaziergänge oder Autokorsos, in denen ebenfalls solche Inhalte verbreitet und auf die Straßen getragen wurden. Auch extrem rechte Parteien und Versandhändler haben sich diesem Thema zugewandt, mit eigener Propaganda gegen das Impfen und andere Schutzmaßnahmen.

Die Zahl der Vorfälle ist in allen Ortsteilen gestiegen, wobei **Lichtenberg Mitte** weiterhin der Schwerpunkt extrem rechter und diskriminierender Aktivitäten im Bezirk bleibt. Hier wurden 216 bzw. 305 Vorfälle (2020: 195) gemeldet. Es folgt **Lichtenberg Nord** mit 124 bzw. 196 Vorfällen (2020: 107). Auffällig ist die Zunahme der Vorfälle in **Alt-Hohenschönhausen** auf 50 bzw. 76 (2020: 26). Hier hat es zahlreiche Propagandameldungen gegeben, sowie auch Sachbeschädigungen und drei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien.

Die Berliner Register

Register sind Dokumentationen von rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ*-feindlich, antiziganistisch, extrem rechts, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger*innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht. Das erste Register wurde 2005 in Pankow eingerichtet, seit 2016 gibt es in allen Berliner Bezirken Register. Die Finanzierung der Registerstellen wird aus Mitteln der Bezirke und des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ermöglicht.

Ziel der Register ist aber nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler

Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur anzeigerelevante Vorfälle wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen. Register haben Grenzen. Sie können in die Auswertung immer nur die Fälle einbeziehen, die den Anlaufstellen oder der Opferberatung gemeldet werden oder die Polizei veröffentlicht. Wenn aus einer Region mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Nachbarschaft liegen und muss nicht zwangsweise auf ein erhöhtes Aufkommen von Diskriminierung zurückgeführt werden. Insofern können Register nie ein vollständiges Bild zeichnen.

¹Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homosexuelle, transgeschlechtliche und intergeschlechtliche Menschen richten. LGBTIQ* steht für Lesbian-Bi-Gay-Trans-Inter-Queer.

Web: www.licht-blicke.org
www.berliner-register.de/lichtenberg
Mail: register@licht-blicke.org
Facebook: Lichtenberger Register
Twitter: @LichtenbergerR7
Tel.: 030 - 505 665 18
Mobil: 01520 - 442 57 46
Stand: 29. März 2022
Redaktion und Gestaltung:
Sabrina Apicella & Michael Mallé

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. In Trägerschaft der pad gGmbH.



V.i.S.d.P.: Andreas Wächter (pad gGmbH), Kastanienallee 55, 12627 Berlin

Die Register-Vorfälle 2021 (Auswahl)

Legende:	■ Angriff	■ Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei
	■ Veranstaltung	■ Sachbeschädigung
	■ Internet	■ BVV
		■ Strukturelle Benachteiligung

1. Januar
Anti-Schwarzer Rassismus an Lichtenberger Schule

1. Januar
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

1. Januar
Bedrohung gegen politische*n Gegner*in in Lichtenberg Mitte

5. Januar
Bedrohung gegen politische*n Gegner*in in Alt-Hohenschönhausen

12. Januar
Rassistische Diskriminierung auf dem Lichtenberger Wohnungsmarkt

14. Januar
Bedrohung gegen politische*n Gegner*in im Weitlingkiez

15. Januar
Antiziganistische Äußerungen in Jugendhilfeträger

18. Januar
Festnahme wegen Hakenkreuz-Schriftzügen in Lichtenberg Nord

18. Januar
Rassistische Diskriminierung auf dem Lichtenberger Wohnungsmarkt

19. Januar
Beleidigung gegen politische*n Gegner*in in Lichtenberg Mitte

21. Januar
Rassistische Diskriminierung auf dem Lichtenberger Wohnungsmarkt

1. Februar
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

1. Februar
Rassistische Diskriminierung auf dem Lichtenberger Wohnungsmarkt

12. Februar
Behindertenfeindliche Reaktion in einer Lichtenberger Behörde

17. Februar
Anti-Schwarze Sachbeschädigung in Alt-Hohenschönhausen

18. Februar
Geflüchtetenfeindliche Rede in der BVV

22. Februar
Rechter Parteistand am Tierpark

24. Februar
Bedrohung politischer Gegner*in in der Ruschestraße

25. Februar
Rassistischer Angriff in der Sewanstraße

1. März
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

1. März
Rassistische Diskriminierung auf dem Lichtenberger Wohnungsmarkt

13. März
Neonazi-Rufe im Weitlingkiez

18. März
Rassistische Beleidigung und Angriff gegen BVG-Kontrolleure

22. März
Rassistische Bedrohung in Rummelsburg

22. März
Rassistischer Angriff mit Schreckschusswaffe in Lichtenberg Mitte

23. März
Rassistische Diskriminierung auf dem Lichtenberger Wohnungsmarkt

31. März
Rassistischer Angriff in Lichtenberg

1. April
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter



Farbanschlag auf den Synagogen-Gedenkstein im Mai 2021 in Hohenschönhausen
Quelle: privat

Ausführung zur Zählweise von Propaganda im Jahr 2021

Während das Lichtenberger Register in der Kategorie Propaganda bislang nur Stickerroueten mit mindestens fünf Aufklebern aufnahm, wurden im Jahr 2021 auch Meldungen von einzelnen oder bis zu vier Aufklebern registriert. Dadurch wurden 2021 zusätzlich 209 Vorfälle erfasst.

So konnte zum einen deutlich konkreter die Verteilung und Alltäglichkeit von Propaganda-Aktivitäten im Bezirk sichtbar gemacht werden. Andererseits konnte diese Zählung der Analyse nur wenige neue Erkenntnisse hinzufügen. Die vier inhaltlichen Rubriken, in denen Propaganda stark vertreten ist – Rassismus, extrem rechte Selbstdarstellung, Propaganda gegen politische Gegner*innen, NS-Verharmlosung und -Verherrlichung – hatten die meisten Einzel-Aufkleber.

Wo zuvor bereits viele Aufkleber gemeldet wurden – Lichtenberg Mitte und Nord – wurden so noch mehr gemeldet. Hier gibt es auch besonders viele aktive Melder*innen. Im Jahr 2022 kehrt das Lichtenberger Register wieder zu seiner ursprünglichen geringeren Personalstundenausstattung zurück. So wünschenswert eine auch mit den übrigen Registerstellen einheitliche Erfassung einzelner Propaganda-vorfälle ist: Aus Kapazitätengründen können wir das so entstehende Mehr an gemeldeten Propaganda-Vorfällen leider nicht bewältigen und nehmen seit Beginn 2022 die Einzel-Aufkleber nicht mehr in die Statistik auf. Wir freuen uns aber weiterhin über jede Meldungen.

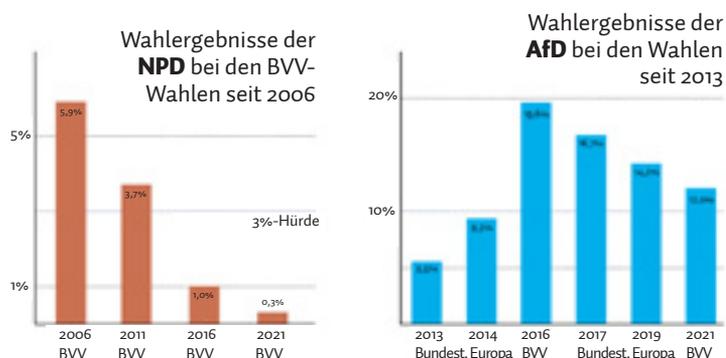
Exkurs Wahlkampf in Lichtenberg

Am 26. September 2021 fanden die Wahlen zum Bundestag, Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung statt.

Zu diesen traten in Lichtenberg auch die NPD, die AfD und weitere (extrem) rechte Parteien sowie Parteien aus dem Querdenken-Spektrum an: die AfD-Abspaltung „Liberal-Konservative Reformer“ (LKR), „Die Basis“ und „Die Republikaner“ (REP).

Diese Parteien waren teils im Stadtbild mit Wahlplakaten und Parteiständen vertreten, verteilten Flugblätter in Briefkästen etc.. Die Neonazipartei „III. Weg“ trat nicht zur Wahl im Bezirk an, war jedoch mit Informationsständen, Aktionen und Propaganda wie Flyern und Sticker präsent im Wahlkampf. Sie ist derzeit die aktivste extrem rechte Partei im Bezirk.

Im Gegensatz zu vergangenen Wahlen blieb der Wahlkampf der extrem rechten Parteien ohne größere öffentliche Aktivitäten und Skandale. Auch mit Blick auf die Wahlergebnisse kann in Bezug auf die (extreme) Rechte im Bezirk resümiert werden, dass sie bei den Wahlen herbe Verluste einstecken musste.



Die extreme Rechte fand keine Themen in der öffentlichen Debatte, an die sie gewinnbringend andocken konnte. Die AfD bleibt weiter die wählbarste Partei für Menschen mit extrem rechten Einstellungen. Allerdings schrumpft die Wähler*innenschaft nach Wahlerfolgen in früheren Jahren. Es muss in Lichtenberg von einem konstanten Potential von etwa 10 Prozent extrem rechter Wähler*innen ausgegangen werden.

Dennoch hat der Wahlkampf zu einer Zunahme von Vorfällen geführt: In Lichtenberg wurden mehrere Wahlhelfer*innen demokratischer Parteien an Ständen und beim Plakataufhängen bedroht, beschimpft und angegriffen. Mehrere Plakate demokratischer Parteien wurden im Wahlkampf beschädigt, mit Parolen und Hakenkreuzen besprüht oder zerstört, was auch den Anstieg der Vorfälle mit Sachbeschädigung begründet.

2. April
Sachbeschädigung von antirassistischen Großplakaten in Hohenschönhausen

9. April
Verschwörungsideologischer Autokorso durch Lichtenberg Mitte

13. April
NPD-Wahlkampf in Neu-Hohenschönhausen

14. April
Anti-Schwarz-rassistische Beschimpfung in Supermarkt

23. April
Gedenkplakette für Kurt Schneider beschmiert

27. April
Rassistische Diskriminierung auf dem Lichtenberger Wohnungsmarkt

28. April
Rassistischer Angriff auf Familie am Anton-Saefkow-Platz

1. Mai
Antisemitischer Angriff in Karlishorst

1. Mai
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

1. Mai
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

1. Mai
Verschwörungsideologische Mobilisierung in Alt-Lichtenberg

12. Mai
Antisemitischer Angriff in der U5

16. Mai
Antisemitische Beleidigung am Bhf. Lichtenberg

17. Mai
Antisemitische Sachbeschädigung in Alt-Hohenschönhausen

17. Mai
Rassistischer Vorfall in einer Schule

21. Mai
Neonazi bedroht Person am Nöldnerplatz

24. Mai
Angriff in Lichtenberg Mitte

24. Mai
Rassistischer Angriff auf Kinder in Lichtenberg Mitte

26. Mai
Hakenkreuze an Jugendklub in Hohenschönhausen



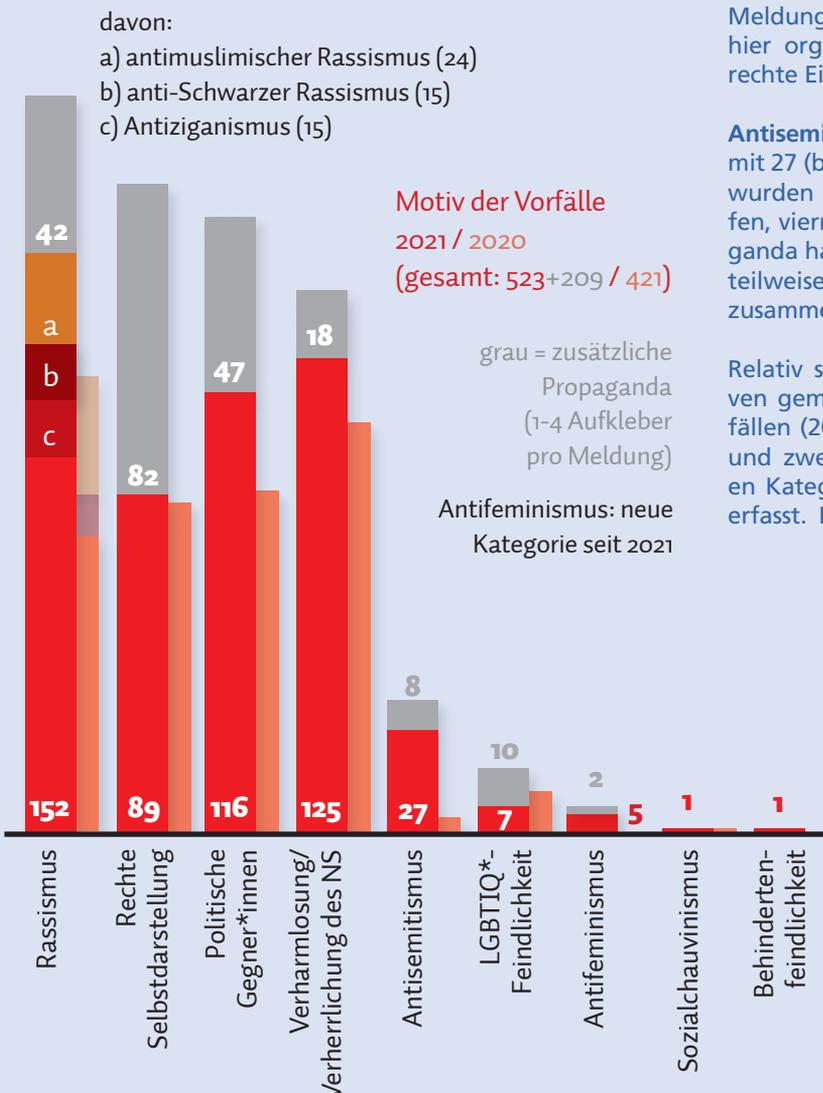
Brandenburger Neonazis stehen
Transparent von Hohenschönhausener Jugendclub
Quelle: Instagram

Motiv der Vorfälle:

Auch im Jahr 2021 bleibt das Hauptmotiv von gemeldeten Vorfällen **Rassismus**. Allein in dieser Kategorie wurden 152 Vorfälle (bzw. 194) gemeldet, was einen Anstieg von 27 (bzw. 62) Prozent im Vergleich zum Vorjahr mit 120 Meldungen ausmacht. Diese lassen sich teilweise nach verschiedenen Unterkategorien aufschlüsseln: **Antimuslimischer Rassismus** wurde demnach 24 (bzw. 30) mal gemeldet, **anti-Schwarzer Rassismus** 15 (bzw. 23) mal und **Antiziganismus** 15-mal. Hier macht die Propaganda etwas mehr als die Hälfte der Vorfälle aus (81 bzw. 123). Hervorzuheben ist, dass Rassismus als Motiv besonders stark vertreten ist bei den Angriffen und Beleidigungen und Bedrohungen, in Form struktureller Benachteiligung, in Diskussionen innerhalb der BVV oder bei Sachbeschädigungen. Besonderheiten sind etwa wiederkehrende rassistische Debatten in Social Media-Kanälen für Lichtenberger*innen und Hohenschönhausener*innen.

Antiziganistische Vorfälle häufen sich in Lichtenberg Nord, was mit gemeldeten Diskriminierungen in Behörden zusammenhängt. Antimuslimischer Rassismus konzentriert sich besonders in Neu-Hohenschönhausen. Hier gab es mehrere Bedrohungen gegen Geflüchtete.

Die **Verherrlichung und Verharmlosung des NS** wurde 125 (bzw. 143) mal erfasst. Im Vorjahr waren es noch 108 Vorfälle gewesen. Hier fanden neben Sachbeschädigungen und Pöbeleien vor allem Propagandavorfälle Einzug



Antisemitisches Aufklebermotiv im Kontext von Corona

Quelle: privat

– darunter einige, die die Corona-Maßnahmen mit dem NS gleichsetzten. Diffamierungen politischer Gegner*innen der extremen Rechten wurden 116-mal (bzw. 163) registriert (2020: 90). In der Sammelkategorie „rechte Selbstdarstellung“ landeten 89 Vorfälle (bzw. 171), also nur eine leichte Zunahme zum Vorjahr (2020: 87). Neben „Nazikiez“ Schmierereien wurden hier auch Aufkleber aufgenommen, auf denen lediglich Organisationsnamen stehen und die Corona-Propaganda, die eindeutig neonazistischen Akteur*innen zugeordnet werden konnten. Solch typisch neonazistischen Motive haben einen großen Anteil der Meldungen in Lichtenberg und deuten darauf hin, dass hier organisierte Gruppen, aber vor allem auch extrem rechte Einzelpersonen regelmäßig aktiv sind.

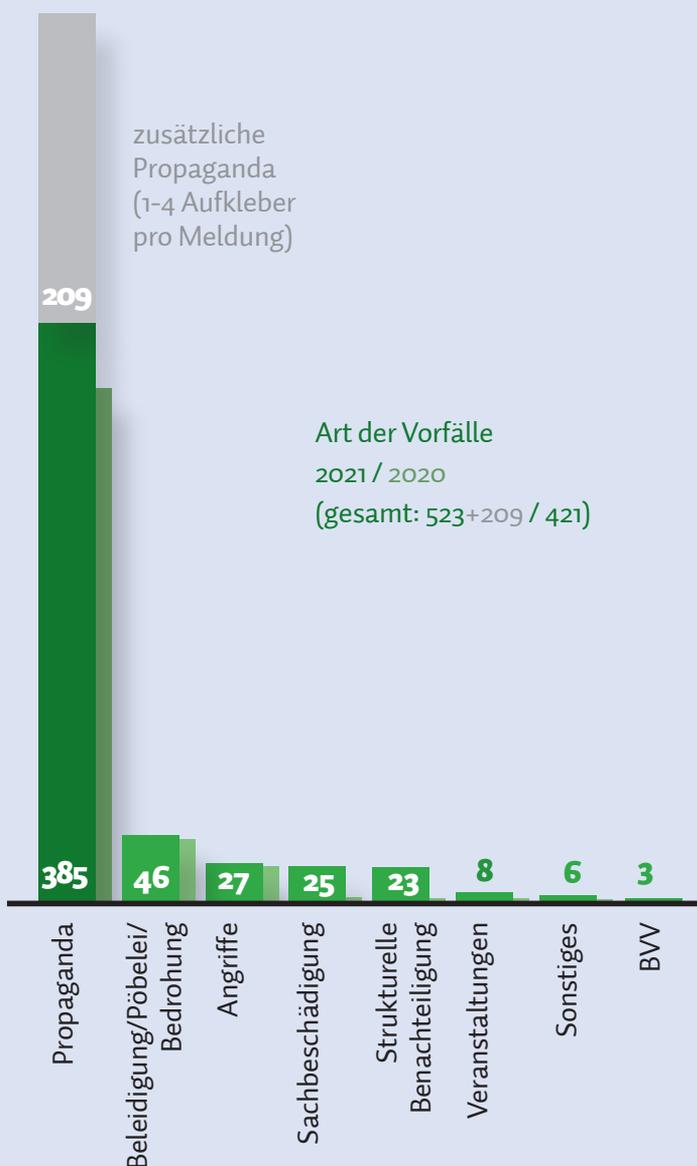
Antisemitische Vorfälle haben 2021 deutlich zugenommen mit 27 (bzw. 35) Vorfällen gegenüber 4 im Vorjahr. Dreimal wurden Personen mit antisemitischen Motiven angegriffen, viermal beleidigt oder bedroht. Antisemitische Propaganda hat mit 17 (bzw. 25) Meldungen zugenommen, was teilweise mit antisemitischen Verschwörungsideologien zusammenhängt.

Relativ selten wurden Vorfälle mit den folgenden Motiven gemeldet: **LGBTIQ*Feindlichkeit** mit 7 (bzw. 17) Vorfällen (2020 waren es 11), davon ein bewaffneter Angriff und zwei Beleidigungen und Bedrohungen. In der neuen Kategorie **Antifeminismus** wurden 5 (bzw. 7) Vorfälle erfasst. Dazu zählte neben Propaganda, wie einer AfD-Plakataktion gegen ein queeres Sommerfest, auch eine „Gehwegberatung“ von Abtreibungsgegner*innen vor einem Familienplanungszentrum und ein antifeministisch motivierter Online-Shitstorm gegen eine Politikerin.

Sozialchauvinismus und **Behindertenfeindlichkeit** fanden mit jeweils einer Meldung (2020: 1 und 0 Meldungen) Eingang in die Chronik. Hier vermuten wir ein großes Dunkelfeld, weil das Register von vielen Betroffenen noch nicht als Meldestelle für Vorfälle wahrgenommen wird.

Art der Vorfälle:

Im Jahr 2021 haben die **Propagandameldungen** nach beiden Zählweisen zugenommen: von 340 Vorfällen 2020 auf 385 (bzw. 594) Vorfälle im Jahr 2021. In dieser Kategorie wurden zahlreiche Schmierereien gemeldet, etwa von der Graffiti-Gruppe „AHM“ (Abkürzung für „Antifa Hunter Miliz“) und „FASHO“, die vor allem in Hohenschönhausen gesprüht haben. Der Großteil dieser Meldungen entfällt auf Aufkleber. Hier macht sich das Angebot von extrem rechten Versandhändlern bemerkbar, die klassische Neonazithemen und -motive bedienen wie das Diffamieren der politischen Gegner*innen oder die Verherrlichung des NS. Allerdings haben typische Akteure wie der „Politaukleber“-Versand, wie auch die NPD zusätzlich das Thema Corona-Pandemie und Kritik an den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung aufgegriffen. Somit kommen zu den bereits 2020 beobachteten selbstgebastelten teils antisemitischen, teils den NS bagatellisierenden Propagandameldungen mit Corona-Bezug nun auch Aufkleber hinzu, die von den größeren Organisationen angeboten werden. Einen nicht unbedeutenden Anteil an den Vorfällen haben ehemalige Akteure extrem rechter Parteien (NPD, Identitäre, Pro Deutschland), die sich im Internet Aufkleber, Zeitungen und Flugblätter besorgen und diese dann in ihren Wohnkiesen (Neu-Hohenschönhausen, Fennpfuhl) verteilen. Neben Propaganda vom „III. Weg“ war der hohe Anteil online erhältlicher Propaganda augenfällig.



Auch in 2021 wurden in Lichtenberg Mittlere Hakenkreuze angebracht.
Quelle: privat

Angriffe und Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien waren zusammen genommen so hoch, wie noch nie seit Erfassung in Lichtenberg. Mit 46 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2020: 43) und 27 Angriffen (2020: 25) gehört Lichtenberg zu einem der wenigen Bezirke mit anhaltend hohen Zahlen. Durchschnittlich fanden 2021 alle fünf Tage Angriffe oder Beleidigungen und Bedrohungen im Bezirk statt. Die Angriffe stachen durch besondere Brutalität hervor und waren zum ganz überwiegenden Teil rassistisch motiviert. Hierzu schreiben wir in dem Absatz „Rechte Gewalt – Anstieg trotz veränderter Quellenlage“ ausführlicher.

Sachbeschädigungen sind auf 25 Meldungen (von 2020: 5) gestiegen, was vor allem mit dem Wahlkampf zusammenhängt. Hier wurden Wahlplakate beschmiert, beklebt, aber auch eine Fensterscheibe eines Wahlbüros eingeschlagen oder das Schloss eines bekannten SPD-Politikers verklebt. Darüber hinaus wurde im Mai grüne Farbe auf den Gedenkstein in Alt-Hohenschönhausen gekippt, der an die im NS zerstörte Synagoge erinnert. Auch wurde im April die provisorische Gedenktafel für ein Todesopfer rechter Gewalt zerstört und im Juni die Gedenkstätte an der Blutmauer in Lichtenberg Nord beschädigt.

In der relativ neuen Kategorie der **strukturellen Benachteiligung** (seit 2020) wurden 23 Vorfälle gemeldet (2020: 3). Ein Grund hierfür ist der Datenaustausch im Zuge von Kooperationen zwischen den Berliner Registern und spezialisierten Beratungsstellen. Diese haben für Lichtenberg Vorfälle aus dem Jobcenter und bezirklichen Behörden wie dem Ordnungsamt, vom Wohnungsmarkt und aus Bildungseinrichtungen an das Lichtenberger Register gemeldet.

Es wurden 8 **Veranstaltungen** (2020: 4) registriert, die vorwiegend im Zusammenhang mit dem Wahlkampf stehen. Zwar zeigt sich hier ein Anstieg durch die phasenweisen Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen. Allerdings erreichen diese noch nicht das vor-Corona-Niveau (2019: 16 Veranstaltungen).

Drei Vorfälle fanden in der **Bezirksverordnetenversammlung (BVV)** statt (2020: 0), alles rassistische oder gegen politische Gegner*innen gerichtete Äußerungen von Mitgliedern der AfD-Fraktion.

Sechs Meldungen wurden unter **Sonstiges** erfasst (2020: 1). Hierzu zählt etwa eine Festnahme von einem Mann mit SS-Runen-Tattoo im April oder der Verkauf von NS-Devotionalien auf einem Flohmarkt in Karlshorst, der im November gemeldet wurde.

27. Mai Diskriminierende Redebeiträge gegen politische Gegner*innen in der BVV	5. Juli Antimuslimisch-rassistischer Angriff in Neu-Hohenschönhausen	3. August Homosexuellenfeindliche Pöbeleien in Rummelsburg
1. Juni NS-verherrlichende Pöbeleien in Friedrichsfelde	5. Juli Rassistische Beleidigung in Neu-Hohenschönhausen	4. August Transfeindlicher Angriff mit Schusswaffe in Lichtenberg Nord
4. Juni Anti-Schwarz rassistische Benachteiligung durch Lichtenberger Behörde	8. Juli Rassistische Beleidigung gegen Kinder in Neu-Hohenschönhausen	7. August Angriff auf Wahlhelfer in Lichtenberg Mitte
5. Juni Rassistische Bedrohung im Restaurant	9. Juli Wieder rassistische Beleidigung gegen Kinder in Neu-Hohenschönhausen	8. August Neonazi-Pöbeleien bei Mahnwache gegen transfeindliche Gewalt
6. Juni Sachbeschädigung an Gedenkmauer in Lichtenberg Nord	17. Juli Polizeikontrolle von mehreren Neonazis am S-Bhf. Lichtenberg	9. August Rassistischer Angriff in Neu-Hohenschönhausen
12. Juni Beleidigung am Bhf. Lichtenberg	27. Juli Sachbeschädigung an Denkmal für die rote Armee	10. August Antimuslimische Bedrohung in Neu-Hohenschönhausen
12. Juni „Ill. Weg“-Stände in Lichtenberg Mitte	1. August Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter	10. August Antimuslimische Beleidigung am Prerower Platz
12. Juni „Ill. Weg“-Stände in Lichtenberg Nord	1. August Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter	10. August Bedrohung gegen Grünen-Wahlhelferin in Lichtenberg Nord
12. Juni „Ill. Weg“-Stand in Neu-Hohenschönhausen	2. August Anti-Schwarzer Angriff in Friedrichsfelde	12. August Besmierung von Plakat in Rummelsburg
21. Juni Alltagsrassismus in Neu-Hohenschönhauser Bürgeramt	2. August Antiziganistische und rassistische Äußerung beim Grünflächenamt	14. August Rassistischer Angriff am U-Bhf Friedrichsfelde
1. Juli Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter		14. August Rassistischer Angriff in Alt-Lichtenberg

Exkurs

Rechte Gewalt – Anstieg trotz veränderter Quellenlage

Berlinweit wurden für das Jahr 2021 weniger Angriffe bei allen Berliner Registerstellen dokumentiert. In allen vorangegangenen Jahren wurden Daten über Gewalttaten aus dem Themenbereich Hasskriminalität vom Berliner Landeskriminalamt (LKA) aufgenommen. Für das Jahr 2021 wurden diese Daten aufgrund von Datenschutzbedenken nicht mehr an zivilgesellschaftliche Stellen übermittelt.

Für den Bezirk Lichtenberg jedoch können wir feststellen, dass es trotz fehlender Meldungen vom LKA einen Anstieg der Angriffe gegeben hat.

Neben den Polizeimeldungen, die sich im Pressespiegel fanden, gab es vor allem einen Anstieg an Meldungen über soziale Medien wie Twitter und Facebook. Das hat damit zu tun, dass hier Angriffe von besonderer Brutalität stattfanden, mit Schuss- und Stichwaffen etwa, die so in polizeilichen Pressemitteilungen und auch medial besprochen wurden. In drei Fällen agierten Täter mit Schusswaffen, aus rassistischer Motivation im März im Weitlingkiez und im Oktober in Wartenberg sowie aus transfeindlicher Motivation im August im Fennpfuhl. Zweimal wurden Messer verwendet, im Mai aus antisemitischen Gründen

in Karlshorst und aus rassistischen Gründen im August in Friedrichsfelde. Nach Informationen von Reachout wurde ein Obdachloser im September im Rathauspark von mehreren Personen lebensgefährlich verletzt und eine Muslima wurde im Juli in Alt-Hohenschönhausen von einem Balkon aus gezielt mit einem Aschenbecher beworfen. Zwei Kinder wurden im Mai am Nöldnerplatz aus rassistischen Gründen mit einer abgebrochenen Flasche angegriffen. Im Oktober wurde am selben Ort ein Mann aus antisemitischer Motivation mit Reizgas besprüht. Im Wahlkampf wurde ein Wahlhelfer der Grünen von zwei Männern im Weitlingkiez gegen den Kopf geschlagen, eine Grünen-Kandidatin wurde an einem Wahlstand von hinten in die Beine getreten.

Die meiste Öffentlichkeit bekam ein anti-Schwarz-rassistischer Angriff im Fennpfuhl im November, bei dem eine Frau einen Mann mit seinem Kleinkind beleidigte und anspuckte. Als Reaktion auf diesen Vorfall zeigte das Bezirksamt Lichtenberg eine klare Positionierung an der Seite der Betroffenen und verurteilte die rassistische Gewalt deutlich.

18. August
Angriff auf Wahlhelferin in Lichtenberg Nord

18. August
Bedrohung gegen Netzwerkstelle auf Twitter

18. August
Beschmierung von Plakat in Friedrichsfelde

18. August
Neonazi-Schriftzüge in Alt-Hohenschönhausen

19. August
Antimuslimischer Angriff in Neu-Hohenschönhausen

19. August
Diskriminierende BVV-Wortmeldungen gegen politische Gegner*innen

21. August
Beschmieretes Wahlplakat im Weitlingkiez

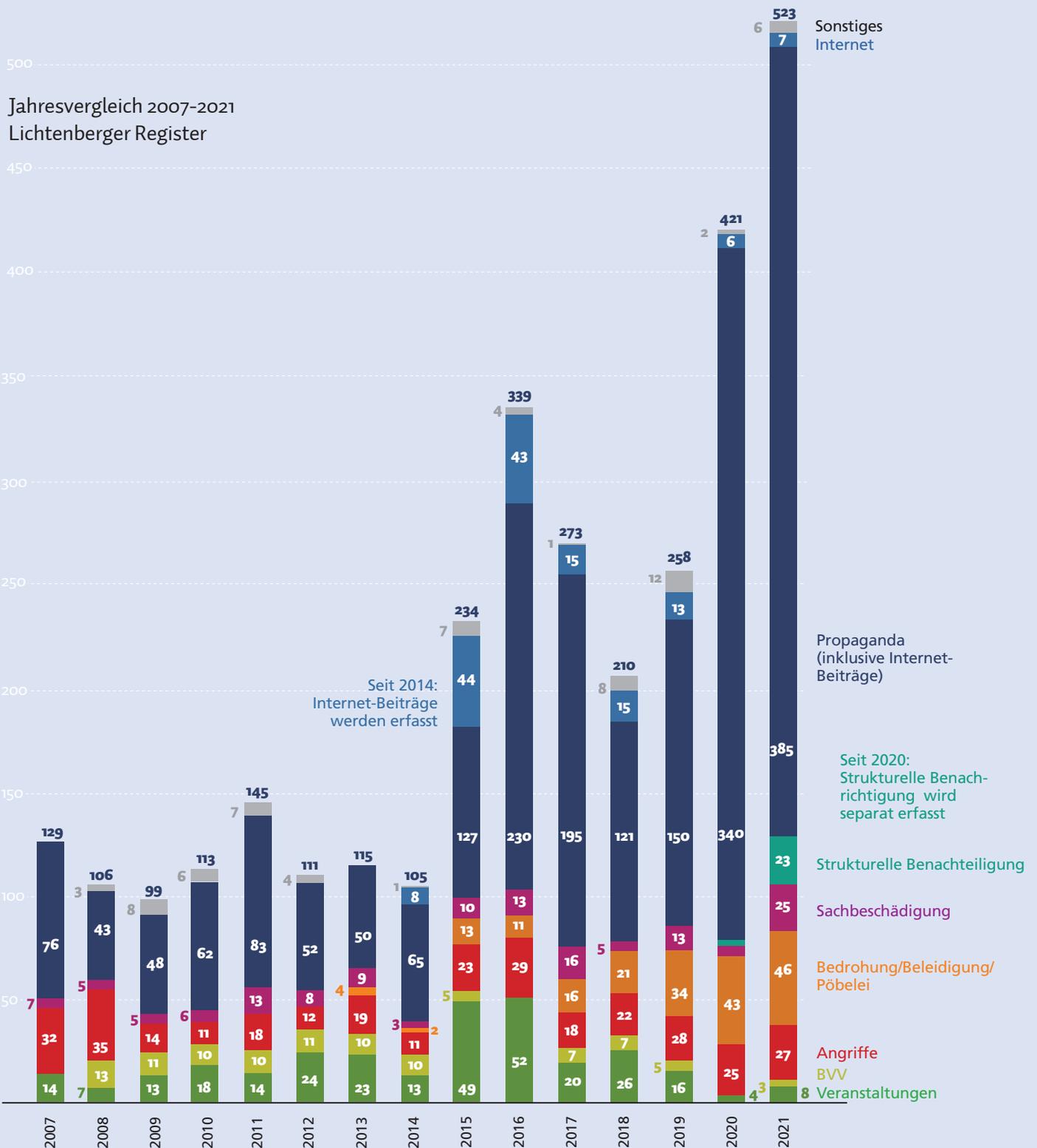
21. August
Erneute Beschmierung von Großplakat

21. August
Rassistisch motivierte Bollerwürfe gegen Bezirksveranstaltung

23. August
Anti-Schwarz-rassistische Beleidigung in einer Schule

25. August
Sachbeschädigung bei Stadtrat

25. August
Transfeindliche Belästigung in Lichtenberg



Ort der Vorfälle:

Die Zahl der Vorfälle ist in allen Ortsteilen gestiegen. Dabei bleibt **Lichtenberg Mitte** weiterhin der Schwerpunkt extrem rechter und diskriminierender Aktivitäten im Bezirk. Hier wurden 216 bzw. 305 Vorfälle gemeldet. Es kam zu einem Angriff auf einen Wahlhelfer von Bündnis 90/Die Grünen im August und wiederholt zu gewaltvollen Übergriffen von durch Kleidung und Tattoos als Neonazis identifizierbaren Personen.

Es folgt **Lichtenberg Nord** mit 124 bzw. 196 Vorfällen (2020: 107). In Lichtenberg Nord fällt die Häufung von strukturellen Benachteiligungen auf. Sie fallen auf 12 Meldungen von antiziganistischer Benachteiligung im Jobcenter zurück, weil hier die entsprechenden Ämter und Einrichtungen sind. In beiden Stadtteilen zusammen wurde auch ein Großteil der zusätzlichen Aufklebervorfälle gemeldet.

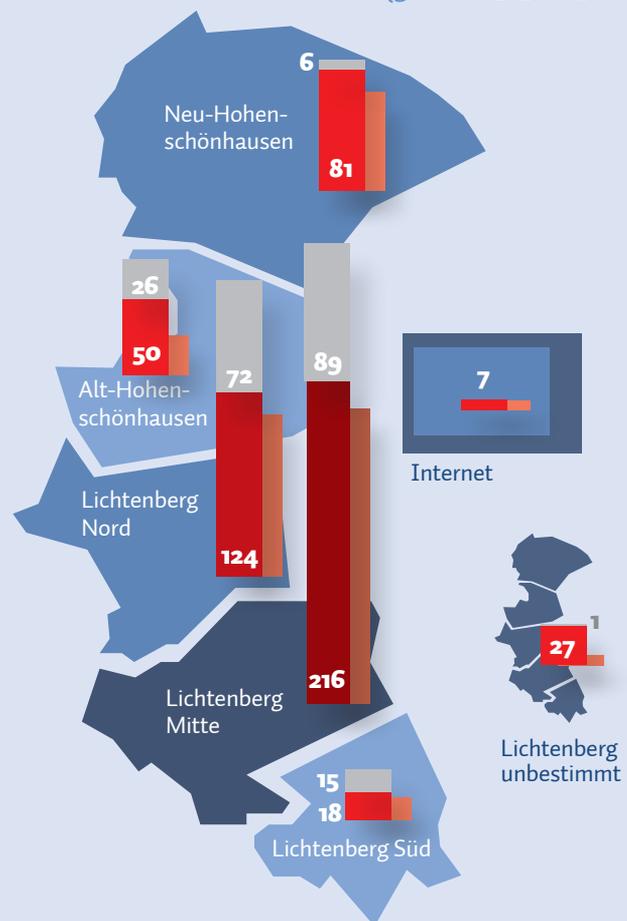
Besonders durch anonymisierte Meldungen von Kooperationsstellen wurden 27 bzw. 28 Vorfälle als **bezirkswweit** oder mit **unbekanntem Ort** erfasst (2020: 7). Diese Vorfälle handeln hauptsächlich von Bedrohungen und Beleidigungen sowie der strukturellen Benachteiligung von Personen, etwa aus rassistischen Motiven. Sie beziehen sich auf Hassgewalt, so wie auch auf Diskriminierung in bezirklichen Institutionen und Bildungseinrichtungen oder auf dem Wohnungsmarkt. Durch die Anonymisierung werden Betroffene geschützt.

Immerhin 81 bzw. 87 Vorfälle wurden in **Neu-Hohenschönhausen** gemeldet (2020: 65). Hier verteilte ein extrem rechter Funktionär regelmäßig Propagandamaterial in seiner Nachbarschaft und es waren auch der „III. Weg“ und die NPD aktiv. Es kam wiederholt zu rassistischen Bedrohungen und Beleidigungen.

Ort der Vorfälle

2022 / 2021

(gesamt: 523+209 / 421)



Quelle: privat

Homofeindlicher Schriftzug in Alt-Hohenschönhausen

Auffällig ist die Zunahme der Vorfälle in **Alt-Hohenschönhausen** auf 50 bzw. 76 (2020: 26). Hier hat es zahlreiche Propagandameldungen gegeben, sowie auch Sachbeschädigungen und drei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien. Sie verteilen sich in typisch neonazistischen Themenbereichen von Selbstdarstellung und politischer Gegner*innen, vor allem aber auch rassistischen Vorfällen sowie Antisemitismus.

In **Lichtenberg Süd** waren es 18 bzw. 33 Vorfälle (2020:15). Auch hier überwiegt Propaganda. Besondere Aufmerksamkeit erlangte im Mai eine antisemitische Bedrohung mit Messer in einem Wohnhaus in Karlshorst.

Im **Internet** wurden 7 Vorfälle dokumentiert (2020: 6). Hier fielen besonders rassistisch aufgeladene Diskussionen in Lichtenberg-spezifischen Facebook-Gruppen auf anlässlich der internationalen Woche gegen Rassismus. Außerdem richtete sich ein antifeministischer Shitstorm gegen eine Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen.

Mit Blick auf die Formen von Hassgewalt, also Angriffe und Bedrohungen und Beleidigungen, ergibt sich ein klarer Schwerpunkt in Lichtenberg Mitte. Er wird gefolgt durch Neu Hohenschönhausen und Lichtenberg Nord. Viel seltener wurden Angriffe oder Beleidigungen und Bedrohungen in Lichtenberg Süd und in Alt-Hohenschönhausen gemeldet.

Exkurs

Extrem rechte Organisationen im Bezirk

Die Tendenz der letzten Jahre setzt sich fort. Die organisierte extreme Rechte schafft es derzeit selbst in Lichtenberg, einem ihrer früheren Stammbezirke, nicht, aktive Neonazis an sich zu binden. Die NPD ist kaum mehr wahrnehmbar. Lediglich einzelne (ehemalige) NPDler verbreiten in ihren Wohnkiezen noch NPD- und JN-Aufkleber – 28 (bzw. 62) solcher Vorfälle wurden 2021 gezählt. Den Schwerpunkt bildet hierbei der Fennpfuhl. Auf der Wahlliste der NPD für Lichtenberg stand mit dem ehemaligen AfD-Funktionär Kay Nerstheimer nur noch ein Neonazi, der in Lichtenberg aktiv ist. Der NPD-Wahlkampf hatte sich auf Neu-Hohenschönhausen konzentriert, wo Nerstheimer einen Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus versuchte. Nur etwa 400 Personen oder 0,6 Prozent der Wähler*innen gaben ihm dort ihre Stimme. Auch der einzige Wahlstand in Neu-Hohenschönhausen wurde nicht von Aktivisten des Lichtenberger Verbands durchgeführt. Überschattet war der NPD-Wahlkampf von einer Durchsuchung der Wohnung und des Arbeitsplatzes in der NPD-Zentrale eines anderen Kandidaten in Lichtenberg mit dem Vorwurf des Besitzes von Abbildungen von Kindesmissbrauch.

Lediglich die Neonazipartei „III. Weg“ entfaltete nennenswerte Aktivitäten im Bezirk. 67 (bzw. 89) Vorfälle, vor allem regelmäßige Aufklebertouren in Lichtenberg Mitte und Neu-Hohenschönhausen, wurden 2021 verzeichnet (2020: 52). Mehrfach wurden eigens produzierte Flugblätter verteilt, zum Beispiel „gegen linken Terror in Lichtenberg“ und gegen die Corona-Beschränkungen. Auch eine geplante bundesweite Demonstration am 1. Mai in Zwickau wurde mit Plakaten und Aufklebern beworben. Im Juni führte die Partei mit mehr als 30 Neonazis fünf gleichzeitig stattfindende Partei-Stände im Bezirk durch. Hier waren die meisten Neonazis aus anderen Bezirken und teilweise aus Brandenburg angereist. Die Partei nutzt zudem in Lichtenberg Mitte über eine Kneipe als Treff- und Veranstaltungsort.

Die AfD fiel trotz des Wahljahres nicht übermäßig mit diskriminierenden Aktivitäten oder Wortmeldungen auf. Lediglich zehn Vorfälle fanden Eingang in das Lichtenberger Register, davon fanden drei aus Debatten in Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung Erwähnung in der Lichtenberger Chronik.

Stand des „III. Weg“ in der Weitlingstraße am 12. Juni 2021



26. August
Antiziganistische Äußerung beim Ordnungsamt

29. August
„NS-Kiez“-Schriftzug bei Grünen-Büro im Weitlingkiez

1. September
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

1. September
Sachbeschädigung am Wahlkreisbüro in Lichtenberg-Mitte

8. September
Strukturelle Benachteiligung von Kind in Schule

12. September
Antisemitische Pöbelei in Neu-Hohenschönhausen

12. September
Rassistische und NS-verherrlichende Pöbeleien bei Fußball-Spiel

13. September
Abtreibungsgegner*innen vor Familienplanungszentrum

14. September
Rassistischer Aufkleber auf Grünen-Plakat

16. September
Obdachloser angegriffen im Rathauspark

19. September
Antifeministischer Shitstorm gegen Grünen-Politikerin

19. September
NPD-Aktivist beschmiert Grünen-Plakat

20. September
Schmierereien auf Wahlplakaten in Friedrichsfelde

21. September
Extrem rechter Angriff am S-Bhf. Nöldnerplatz

21. September
Geflüchtetenfeindliche Pöbelei an Unterkunft in Alt-Hohenschönhausen

21. September
Rassistische Äußerungen in Imbiss in der Weitlingstraße

24. September
Neonazi-Aufkleber auf Wahlplakat in Alt-Hohenschönhausen

2. Oktober
Rassistischer Angriff und Bedrohung mit Schusswaffe

5. Oktober
NS-Devotionalien auf Karlshorster Flohmarkt

8. Oktober
Antisemitischer Angriff am Nöldnerplatz

8. Oktober
Mann schubst und beleidigt Kind rassistisch

11. Oktober
Pöbelei gegen politischen Gegner in Späti

22. Oktober
Neonazis stehlen Transparent von Jugendclub

1. November
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

1. November
Antiziganistische Benachteiligung im Jobcenter

6. November
NS-Devotionalien auf Karlshorster Flohmarkt

12. November
Rassistische Beleidigung in Schule

12. November
Rassistische Beleidigung in Schule

16. November
Anti-Schwarz-rassistisches Verhalten gegen
Ladenbesitzerin

17. November
Antimuslimische Pöbeleien im Bus in Neu-
Hohenschönhausen

21. November
Neonazi-Pöbeleien nahe Rummelsburger
Bucht

24. November
Antisemitische Äußerungen vor Testzent-
rum in Karlshorst

26. November
Anti-Schwarzer Angriff in Lichtenberg
Nord

29. November
Antisemitische Äußerungen in Friedrichs-
felde

4. Dezember
Angriff auf Journalist*innen beim Autokor-
so in Lichtenberg Nord

5. Dezember
Antisemitische Sachbeschädigung am Lich-
tenberger Rathaus

6. Dezember
Rassistische Diskriminierung durch Nach-
barn in Karlshorst

8. Dezember
Rassistische Beleidigung in Neu-Hohen-
schönhausen

16. Dezember
Rassistische Beleidigung von einer Frau und
ihrem Kind in der S-Bahn

21. Dezember
NS-verherrlichende Schmiererei in Alt-
Hohenschönhausen

22. Dezember
Rassistische Kommentare in Facebook-
Gruppe

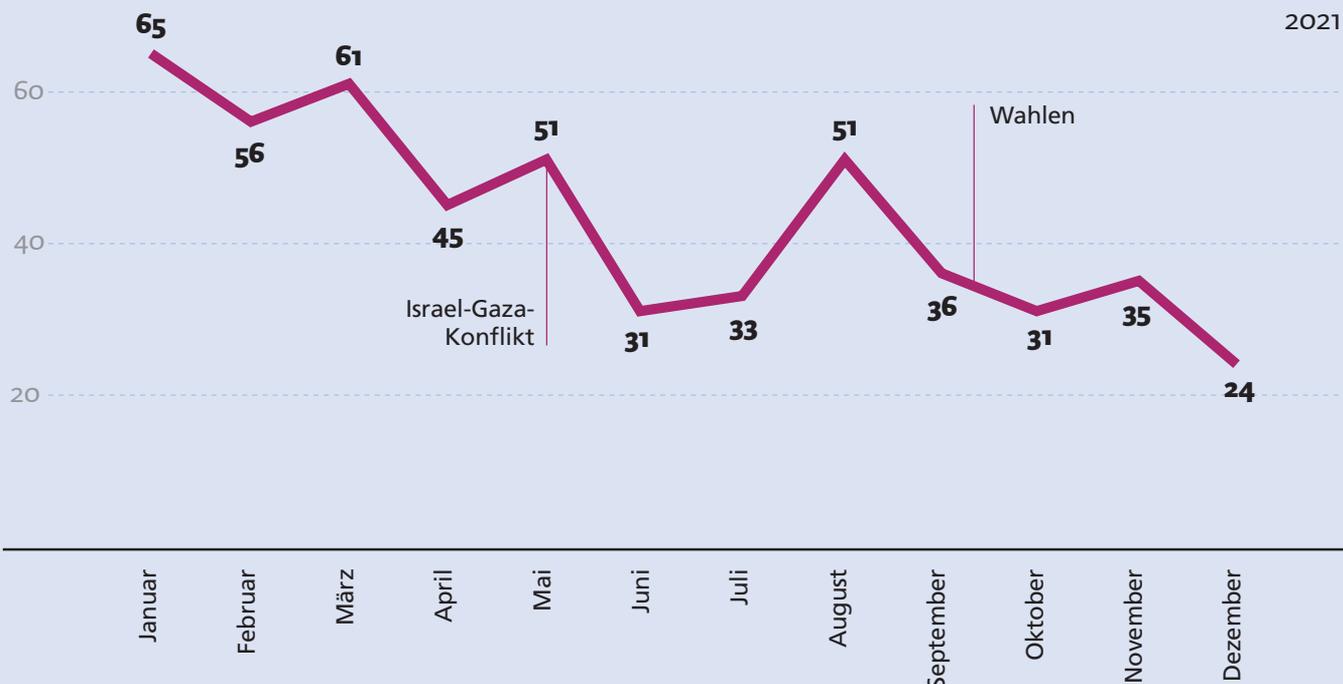
30. Dezember
Rassistische Flugblätter in Neu-Hohen-
schönhausen

Monatsübersicht:

Die Monatskurve der Vorfälle unterscheidet sich weiter-
hin deutlich von denen in der Zeit vor Corona (mit Spitzen
im August/Mai und August/September und niedrigeren
Meldungen in den Wintermonaten). Wie schon im Jahr
2020 sind auch 2021 die Vorfalle mit den Lock-
downs und Phasen verschärfter Corona-Schutzmaßnah-
men angestiegen.

So war die Zahl der Vorfälle in den ersten fünf Monaten
des Jahres hoch und blieben ab Juni mit Spitzen im Au-
gust und November etwa auf einem gleich hohen Niveau.
Gründe hierfür liegen in den Corona-Protesten, dem Is-
rael-Gaza-Konflikt im Mai 2021 und im Wahlkampf. Es ha-
ben keine größeren Mobilisierungen von Neonazis statt-
gefunden.

Monatsübersicht
2021



Lichtenberger Register

Hier hast du was zu melden!

Das Register funktioniert nur, wenn es Menschen im Bezirk gibt, die Beobachtungen machen und diese dem Register mitteilen. Dazu können Sie direkt eine Mail an register@lichtblicke.org schicken.

Wenn Sie als Jugendklub, Nachbarschaftszentrum oder Verein eine Anlaufstelle werden wollen, dann nehmen Sie Kontakt auf. Sie bekommen dann ein Anlaufstellen-Plakat und Meldebögen zugesandt. Bei Bedarf führen wir Schulungen für Anlaufstellen durch.



Fazit

Im Jahr 2021 verzeichnet das Lichtenberger Register einen Höchststand mit 523 Vorfällen. Zusätzlich wurden 209 Propagandavorfälle mit ein bis vier Aufklebern erfasst, mit denen die Zahl sogar auf 732 Vorfälle steigt.

Einen Großteil dieser Vorfälle machen extrem rechte und diskriminierende Propaganda aus. Den größten Anteil haben Vorfälle mit rassistischen Motiven. Hier bedarf es Konzepte, der sichtbaren Alltäglichkeit von Gewalt und Abwertung entgegenzuwirken. Die klare Positionierung des Bezirksamts an der Seite Betroffener, die „Aktion Noteingang“ und die Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen und antirassistischen Initiativen sind sichtbare Signale gegen diese Gewalt und Diskriminierung, auf denen aufgebaut werden kann. Auch die vielfältigen Aktivitäten der lokalen Zivilgesellschaft tragen dazu bei, extrem rechte Präsenz im Bezirk zurückzudrängen. Die Regelmäßigkeit, in der Vorfälle mit traditionell neonazistischen Inhalten wie der Verherrlichung und Verharmlosung des NS oder Diffamierungen politischer Gegner*innen gemeldet werden zeigen – trotz offensichtlicher organisatorischer Schwäche der extremen Rechten in Berlin –, dass extrem rechte Organisationen weiterhin Lichtenberg als einen Aktionsschwerpunkt begreifen.

Mit Blick auf die organisierte extreme Rechte setzen sich die Entwicklungen der letzten Jahre fort: Die NPD und Kameradschaften verlieren an Bedeutung, die AfD war wenig wahrnehmbar im Wahlkampf und verlor deutliche Stimmenanteile bei den Wahlen. Einzig die Neonazipartei „III. Weg“ fällt mit Infotischen und Propagandatouren im gesamten Bezirk auf und besitzt auch einen Treffpunkt in Friedrichsfelde.

Auch wenn die Gewalt (2020: 25; 2021: 27) und die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2020: 43; 2021: 46) nur leicht stiegen, war die Brutalität der Angriffe alarmierend. Die vermehrte Nutzung von Sozialen Medien von Betroffenen zur Öffentlichmachung von Angriffe und Bedrohungen machte die Alltäglichkeit dieser Gewalt in einer Vehemenz sichtbar, die schwerlich sonst aus den Polizeiberichten deutlich wird. Hierin sehen wir deutliche Hinweise auf alltäglichen Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten, die nicht notwendigerweise nur von Neonazis ausgehen. In fast allen inhaltlichen Kategorien ist ein Anstieg der Meldungen festzustellen. Bemerkenswert ist er beim Antisemitismus, der sich in Form von Angriffen, Denkmalschändungen und viel Propaganda im Kontext der Corona-Pandemie zeigte.

Der Wahlkampf führte zu mehr Sachbeschädigungen und Angriffen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Die Corona-Pandemie mobilisierte weiterhin Menschen, diskriminierende und teils NS-verharmlosende Propaganda ins Stadtbild zu bringen. Die Meldungen von Kooperationspartner*innen beleuchtete zunehmend rassistische Behördendiskriminierungen.

Das Jahr 2021 hat in Lichtenberg gezeigt, dass mit einer engagierten Melder*innenstruktur, Kooperationen zwischen Beratungsstellen und den Berliner Registern sowie mit einer guten Ausstattung der bezirklichen Registerstellen das Dunkelfeld neonazistischer und diskriminierender Vorfälle im Bezirk erhellt werden kann. Und unseren Melder*innen möchten wir an dieser Stelle nach dem schweren Jahr 2021 besonders für ihr Engagement und Vertrauen danken.

Jahresberichte des Berliner Registers

Jährlich veröffentlichen die Berliner Registerstellen ihren gemeinsamen Jahresbericht. Sie enthalten Einschätzungen und Statistiken zu den zwölf Berliner Bezirken, ergänzt durch Analysen zur Situation in Berlin und Texten zu der Entwicklung im klassischen Neonazismus und zur „Neuen“ Rechten, Vorstellungen von Kooperationspartner*innen und weitere Register-relevanten Themen.

Digital nachzulesen sind sie hier:

www.berliner-register.de/publikationen/jahresbericht-2018-der-berliner-register-230

www.berliner-register.de/publikationen/jahresbericht-2019-der-berliner-register-211

www.berliner-register.de/publikationen/jahresbericht-2020-der-berliner-register-189

